








Bundestagswahl 2025 – DMB-Parteiencheck¹

DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	B90/DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Mietenanstieg stoppen</p> <p>Mietpreisbremse verlängern, scharf stellen und Ausnahmen streichen</p> <p>Verstärkte Kappung der Nettokaltmieten</p> <p>Strengere Regulierung von Kurzzeitvermietungen</p> <p>Mietwucher bestrafen</p> <p>Einbeziehung aller Mieten in die ortsübliche Vergleichsmiete</p> <p>Betriebskosten begrenzen</p>	<p>Deutschland ist Mieterland.</p> <p>Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe.</p> <p>Die hohen Mieten in vielen Ballungszentren sind ein großes Problem.</p> <p>Anreize für günstige Mieten schaffen durch Anpassung des Werbungskostenabzugs, damit derjenige, der weniger als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt, künftig keine steuerlichen Nachteile hat.</p>	<p>Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden, gelten und nicht durch (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden.</p> <p>Indexmietverträge werden in Zukunft durch die Kappungsgrenzen normaler Mietverträge, wie der ortsüblichen Vergleichsmiete, gedeckelt.</p> <p>Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu unterbinden.</p> <p>Mietwucher muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts.</p> <p>In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt wollen wir nur eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erlauben, Bundesländer sollen auch darüber hinausgehende eigenständige Regelungen treffen können.</p> <p>Den Mietspiegel Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen.</p> <p>Die Nebenkosten für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher nachvollziehbar sein.</p> <p>Mieter bei der Grundsteuer entlasten. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die Mietparteien umlegen darf.</p>	<p>Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.</p>	<p>Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind.</p> <p>Wir werden in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp ermöglichen.</p> <p>Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden.</p> <p>Die Vermietung möblierter Wohnungen muss streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum gehandelt werden.</p> <p>Zudem werden wir Mieterhöhungen durch eine Senkung der Kappungsgrenzen begegnen.</p> <p>Den Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür deutlich verlängern.</p> <p>Und wir werden Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern übersteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden.</p> <p>Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen wärmietenneutral umgelegt werden.</p> <p>Zudem wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer beenden, damit diese nicht mehr auf Mieter*innen umgewälzt werden kann.</p>	<p>Die Mietpreisbremse ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie auslaufen.</p> <p>Um Anreize für den dringend notwendigen Neubau zu schaffen, durchbrechen wir die staatliche Regulierungsspirale im Mietmarkt.</p> <p>Einen bundesweiten Mietendeckel wird es mit uns nicht geben.</p> <p>Wir vereinfachen das Nebenkostenrecht.</p>	<p>Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! In angespannten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.</p> <p>Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen bundesweit für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden.</p> <p>Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir verbieten und die Vermietung möblierter Wohnungen streng regulieren.</p> <p>Die Grundsteuer darf nicht mehr als Teil der Betriebskosten auf die Mieter*innen umgelegt werden.</p>	<p>Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse.</p> <p>In allen Regionen, in denen es nicht mehr möglich ist, sich mit einem normalen Einkommen adäquaten Wohnraum zu leisten, wollen wir die Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren.</p> <p>Wir werden uns für die Verabschiedung eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher stark machen und gesetzlich gegen stark überhöhte Mieten bei möblierten Zimmern vorgehen</p>

¹ Alle Angaben ohne Gewähr, DMB, 4.2.2025.















DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	B90/DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Mieterschutz verbessern</p> <p>Marktbeobachtung stärken</p> <p>Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stoppen</p> <p>Kündigungsschutz verbessern</p>	<p>Keine Aussagen im Programm.</p>	<p>Es soll mehr Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungs-mieten geben.</p> <p>Die Möglichkeit zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im BauGB wollen wir über 2025 hinaus verlängern.</p> <p>Zugleich wollen wir das Recht der Eigenbedarfskündigung reformieren und es auf die Wohnnutzung durch die Kernfamilie beschränken.</p> <p>Wir wollen sicherstellen, dass Studierende und Azubis für ein WG-Zimmer möglichst nicht mehr als 400 Euro zahlen.</p>	<p>Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut und vor Mietsteigerungen. Umwandlungshemmnisse wollen wir aufheben.</p> <p>Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.</p> <p>Mieter sollen beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden.</p>	<p>Mieter*innen wollen wir besser schützen. Wir wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse.</p> <p>Wir wollen Mieter*innen besser über ihre Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, die Mieter*innen bei der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen.</p> <p>Viele Menschen haben das Interesse, ihre Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert haben. Wir wollen Menschen bei diesen Plänen unterstützen, indem wir rechtliche Hürden abbauen und Förderinstrumente anpassen und flexibilisieren.</p>	<p>Keine Aussagen im Programm.</p>	<p>Wir wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden.</p> <p>Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden</p> <p>Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten.</p>	<p>In Bund, Ländern und Kommunen befürworten wir Initiativen zur strengerer Regulierung der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Ferienwohnungen sowie gegen den Leerstand von Wohnraum.</p>

DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	B90/DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Offensive für Bau und Erhalt bezahlbarer Wohnungen</p> <p>Bis 2030 den Bestand auf 2 Mio. Sozialwohnungen erhöhen</p> <p>60.000 neue bezahlbare Mietwohnungen pro Jahr bauen</p> <p>Öffentlichen & gemeinnützigen Wohnungssektor stärken</p> <p>Investitionsprogramm für bezahlbares Wohnen</p>	<p>Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.</p> <p>Wohnungsbauförderung wirksam machen. Dazu konzentrieren wir die Förderung auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten. Mit einer deutlich höheren, zeitlich befristeten Sonderabschreibung für den bezahlbaren Wohnraum geben wir dem Neubau einen Kickstart.</p> <p>Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.</p>	<p>Wir wollen die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf hohem Niveau stärken und verstetigen. Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für die dazu notwendige Förderung.</p> <p>Über den Deutschlandfonds werden wir Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.</p> <p>Wir streben an, die finanziellen Anreize für den Bau von neuen Wohnungen nach den Bedingungen der Wohngemeinnützigkeit mit einem Investitionskostenzuschuss weiterzuentwickeln.</p> <p>Der Bund geht mit einer neuen bundeseigenen Wohnungsgesellschaft voran, um durch eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten.</p> <p>Genossenschaftsprogramm soll verstetigt und ausgebaut werden.</p>	<p>Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler.</p> <p>Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird.</p> <p>Zur Förderung der Eigentumsbildung werden wir einen Rahmen schaffen, in dem Mieter ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbauunternehmen zu vergünstigten Bedingungen erwerben können.</p>	<p>Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden.</p> <p>Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen.</p> <p>Mit Investitions- und Baukostenzuschüssen für den sozialen Wohnungsbau und die Neue Wohngemeinnützigkeit sorgen wir dafür, dass die Belegungs- und Mietpreisbindungen nicht mehr befristet sind.</p> <p>Die Neue Wohngemeinnützigkeit wollen wir so zu einem schlagkräftigen Instrument des sozialen Wohnungsmarktes ausbauen.</p> <p>Wir wollen den steigenden Anteil von barrierefreien Neubaumietwohnungen im sozialen Wohnungsbau deutlich beschleunigen und unterstützen.</p> <p>Wir stellen die soziale Gerechtigkeit beim Bauen und Sanieren in den Mittelpunkt und fokussieren die Förderung stärker auf geringe und mittlere Einkommen.</p>	<p>Wir wollen Menschen gezielt unterstützen, wo das Einkommen trotz Arbeit und Fleiß nicht zum Leben reicht. Das Wohngeld ist dafür das richtige Instrument.</p> <p>Das Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen führt zu oft dazu, dass sich Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht lohnt. Wir werden dieses System neu justieren.</p> <p>Wir werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern.</p> <p>Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang.</p>	<p>Wir wollen 20 Milliarden Euro im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren.</p> <p>Egal ob im Bestand oder beim Neubau, wir fordern: einmal Sozialbindung, immer Sozialbindung. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau müssen von der Schuldenbremse ausgenommen werden.</p> <p>Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen, um mittelfristig einen Anteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen zu erreichen.</p> <p>Gemeinnützige Wohnungsunternehmen müssen durch Förderprogramme gestärkt und bevorzugt werden. Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben.</p> <p>Wir wollen den Wohnbestand von Immobilienkonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen vergesellschaften und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführen.</p>	<p>Der gemeinnützige Wohnungsbau muss gestärkt werden.</p> <p>Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbaunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm auflegen.</p> <p>Dort, wo Sozialwohnungen entstehen, muss die Sozialbindung dauerhaft gelten.</p> <p>Notwendig ist die Beschleunigung von Bauvorhaben, etwa durch Einführung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für sozialen Wohnungsbau.</p>

DMB-Forderungen		CDU/CSU	SPD	AfD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Bodenspekulation eindämmen</p> <p>Bauland mobilisieren – Bodenspekulation verhindern</p>		 <p>Schnell für mehr Bauland sorgen. Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland – gerade in den Metropolen und Wachstumsregionen.</p> <p>Notwendig ist ein Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden.</p> <p>In enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Brach- und Konversionsflächen stärker nutzen.</p> <p>Bundeseigene Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.</p> <p>Um den Markt zu entspannen, hilft nur mehr Angebot. Wir brauchen mehr neue Häuser und Wohnungen, schneller und günstiger. Dafür senken wir die Baukosten durch mehr Bauland und niedrigere, sinnvolle Standards.</p>	 <p>Wir wollen die in vielen Regionen rasante Preisentwicklung bei Grund und Boden stoppen. Wir brauchen eine Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik, denn Boden ist ein unvermehrbares Gut. Seine Nutzung soll auch dem Gemeinwohl dienen.</p> <p>Um eine langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim Aufbau von Bodenfonds unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch die Kommunen von Bodenwertsteigerungen durch Planung profitieren. Das Vorkaufsrecht für Kommunen muss gestärkt werden.</p> <p>Mit Konzeptvergaben wird gewährleistet, dass die Vergabe von Grundstücken nicht ausschließlich nach Höchstgeboten erfolgen muss.</p> <p>Soziale Durchmischung, nachhaltiges Bauen und innovative Wohnformen sollen besonders berücksichtigt werden. Dadurch können Kommunen gezielt Projekte fördern, die langfristig einen Mehrwert für das Gemeinwesen schaffen, zum Beispiel Wohnen für Alleinerziehende, genossenschaftliche Wohnprojekte oder generationenübergreifendes Wohnen.</p>	 <p>Grunderwerbssteuer für ausländische Käufer mit Hauptwohnsitz außerhalb der EU auf 20% zu erhöhen.</p> <p>Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken bevorzugt werden.</p> <p>Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind Einheimische nach dem Einheimischen-Modell zu bevorzugen.</p>	 <p>Wir setzen uns für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen das Baurecht entsprechend an. Wir richten einen Bundesbodenfonds ein und unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Bei Bodenwertsteigerungen durch Planungsrechtänderungen beteiligen wir die öffentliche Hand stärker.</p> <p>Gleichzeitig stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen im Ertragswertverfahren und den Milieuschutz.</p> <p>Zweckentfremdete und leerstehende Gebäude wieder aktivieren.</p>	 <p>Neben der Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion)</p>	 <p>Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken.</p> <p>Mit einem (Re-) Kommunalisierungsfonds sollen Kommunen unterstützt werden, Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen.</p> <p>Wir setzen uns für ein preislimitiertes Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern am sozialen Ertragswert. Kommunen sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.</p> <p>Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten und dem Profitstreben mit Grund und Boden entgegenwirken: Leistungslose Bodenwertzuwächse sollen in einem ersten Schritt abgeschöpft werden.</p> <p>Wohnungsleerstände müssen systematisch erfasst werden und dann mit einer Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden.</p> <p>In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt und wieder vermietet werden.</p>	 <p>Wir wollen die Spekulation mit Bauland eindämmen sowie eine aktive, langfristige Bodenpolitik und eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik mit gemischten Quartieren fördern.</p> <p>Zur Dämpfung der Baukosten müssen überzogene Bauvorschriften auf den Prüfstand gestellt werden. Leistungslose Gewinne privater Grundeigentümer, die durch planungsbedingte Wertsteigerungen entstehen, sind mindestens teilweise abzuschöpfen.</p> <p>Staat sollte in den Neubau von Mietwohnungen investieren – mit klarem Fokus auf das preisgünstige Segment. Diese zweckgebundenen öffentlichen Mittel sollen das Eigenkapital der kommunalen Wohnungsgesellschaften stärken und es ihnen ermöglichen, Mietwohnungen zu bauen, die langfristig im öffentlichen Eigentum bleiben und so für preisgünstiges Wohnen zur Verfügung stehen.</p>

DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	B90/DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Kosten des Klimaschutzes fair verteilen</p> <p>Drittel-Modell einführen und Modernisierungsumlage senken</p> <p>Öffentliche Förderung verstetigen</p> <p>Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie mieterfreundlich umsetzen</p>	<p>Energetische Sanierung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ansetzen.</p> <p>Wir machen Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig. So fördern wir die effiziente energetische Sanierung des Immobilienbestands.</p>	<p>Der bereits gesetzlich beschlossene CO2-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.</p> <p>Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einsetzen.</p>	<p>Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO2-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.</p> <p>Ausufernde gesetzliche Vorgaben zum Bau- und Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, behindern die Erstellung preiswerter Wohnungen</p> <p>Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Entscheidungen zum Baurecht den Nationalstaaten vorzubehalten. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem Bereich lehnen wir ab.</p>	<p>Sanierungen müssen warmmietenneutral umgelegt werden.</p> <p>Anreize setzen, dass Vermieter*innen verfügbare öffentliche Fördermittel zur Sanierung nutzen.</p> <p>Jährliche Sanierungsrate deutlich zu erhöhen. Da die Investitionen der Vermieter* innen nur zeitlich befristet umgelegt werden dürfen, entlasten wir die Mieter*innen.</p> <p>Umsetzung der Emissionshandelsysteme auf europäischer Ebene wie geplant. So stärken wir den CO2-Preis als zentralen Hebel für mehr Klimaschutz in Deutschland und Europa.</p> <p>Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.</p> <p>Durch die kurzfristige Einführung einer Preisaufsicht und langfristig einer Preisregulierung wollen wir den Verbraucherschutz bei der Fernwärme, die vor allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken.</p>	<p>Zudem werden wir die starren Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen lockern, damit die Modernisierung des Gebäudebestands vorankommt.</p> <p>Davon profitieren auch die Mieter. Denn solche Sanierungen senken die Nebenkosten.</p> <p>Die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzufedern, wollen wir Freie Demokraten eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken.</p>	<p>Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen!</p> <p>Sanierungen und Heizungstausch müssen warm mietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz</p> <p>Wir fordern sozial gestaffelte Heizungs- und Strompreise. Für den durchschnittlichen Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen.</p> <p>Wir wollen Strom- und Gassperren verbieten.</p> <p>Wir wollen einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter*innen keine warme Wohnung leisten können.</p>	<p>Kosten für Sanierungen haben die Vermieter zu tragen.</p> <p>Den CO2-Preis, der alles teurer macht, ohne dass es für die meisten Menschen Alternativen gibt, wollen wir abschaffen.</p> <p>Der europäische Emissionshandel muss entweder globalisiert werden, oder Deutschland sollte auf EU-Ebene für seine Abschaffung werben.</p>

DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	BSW
<p>Profitmaximierung auf dem Immobilien-sektor bekämpfen</p> <p>Geldwäsche und Spekulation im Immobiliensektor beenden</p> <p>Transparenz von Geschäftspraktiken großer Wohnungsunternehmen erhöhen</p> <p>Reform der Grunderwerbsteuer – Share Deals</p>	<p>Keine Angaben im Programm in Bezug auf Immobilien.</p> <p>Geldwäsche soll konsequenter bekämpft werden.</p>	<p>Wenn eine nicht selbst genutzte Immobilie privat verkauft wird, ist der Gewinn nach Ablauf einer Spekulationsfrist von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.</p> <p>Außerdem werden auf diese Weise Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für langfristige Investitionen in Immobilien erhöht.</p> <p>Daraus können sich auch positive Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.</p>	<p>Grunderwerbssteuer für ausländische Käufer mit Hauptwohnsitz außerhalb der EU auf 20% erhöhen.</p>	<p>Steuerschulpfächer bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind zu schließen.</p> <p>Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter*innen verhindern. Wir akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobilien-gesellschaften Rendite ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Wir wollen die Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden.</p> <p>Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig und ambitioniert umsetzen</p>	<p>Steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen Wohnraum.</p> <p>Geldwäsche soll unterbunden werden.</p>	<p>Gewinne aus Spekulationen mit Immobilien stärker besteuern und Steuertricks wie Share Deals, verbieten.</p> <p>Steuervorteile für Immobilieninvestoren abschaffen.</p> <p>Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend anteilig besteuert werden.</p>	<p>Schlupfloch „Share Deals“ schließen.</p> <p>Steuerfreiheit von Wertzuwachsen bei Immobilien ab einer Haltedauer von zehn Jahren. Wir wollen, dass dieses Privileg auf selbstgenutzten Wohnraum begrenzt wird.</p> <p>Belastungsmoratorium für normale Eigenheimbesitzer und Mieter bei der Grundsteuer.</p>

DMB-Forderungen	CDU/CSU	SPD	AfD	B90/DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	BSW
Grundrecht auf Wohnen einführen	 Keine Aussagen im Programm	 Wohnen ist ein Menschenrecht! Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Wohnungslosigkeit wollen wir 2030 überwunden haben.	 Keine Aussagen im Programm.	 Ziel bleibt es, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden . Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Der Housing-First-Ansatz ist ein zentraler Baustein. Wohnungstausch rechtlich erleichtern und Förderinstrumente für die Unterstützung von Mieter*innen anpassen und flexibilisieren.	 Keine Aussagen im Programm.	 Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Dies wollen wir im Grundgesetz klar verankern. Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten! Wir wollen den Ansatz „ Housing First “ in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern: Wohnungslosen wird zuerst eine Wohnung vermittelt, darauf folgen andere Angebote. Wir fordern ein Recht auf Wohnungstausch: Vermieter*innen dürfen einen Wohnungstausch ohne Mieterhöhungen nur mit triftigen Gründen ablehnen.	 Keine Aussagen im Programm
Bewertung des Wahlprogramms aus Sicht der Mieterinnen und Mieter	 Die CDU/CSU bekannt sich in ihrem Wahlprogramm zu den Mieterinnen und Mietern und dem bestehenden mietrechtlichen Rahmen. Leider ist das Programm an vielen Stellen zu unkonkret . Es mangelt an Vorschlägen zur Verbesserung der Situation für Mieterinnen und Mieter.	 Die SPD macht in ihrem Wahlprogramm gute Vorschläge , um die Situation der Mieterinnen und Mieter zu verbessern. Dazu werden einige konkrete Maßnahmen erwähnt, wie Mieterinnen und Mieter besser vor zu hohen Wohnkosten geschützt werden können.	 Die AfD bekennt sich zwar formal zu einem ausgewogenen Mietrecht, lehnt aber die Mietpreisbremse ab . Das Programm enthält keinerlei Vorschläge zur Unterstützung der Mieterinnen und Mieter und bevorzugt Eigentum als Wohn- und Lebensform.	 Bündnis 90/Die Grünen haben ein mietfreundliches Wahlprogramm vorgelegt. Die Vorschläge würden die Wohnsituation für Mieterinnen und Mieter deutlich verbessern und für Entlastung am Wohnungsmarkt sorgen.	 Die FDP hat ein Programm vorgelegt, das deutliche Verschlechterungen für viele Mieterinnen und Mieter beinhaltet. Der bestehende mietrechtliche Rahmen soll abgeschwächt bis aufgelöst werden.	 Die Linke hat das mit Abstand umfangreichste und mietfreundlichste Wahlprogramm vorgelegt. Es finden sich zahlreiche Vorschläge darin, die die Situation für viele Mieter und Mieterinnen in vielen Bereichen des Wohnens schnell und grundlegend verbessern würde.	 Die Partei BSW hat ein ambitioniertes Wahlprogramm für Mieterinnen und Mieter vorgelegt, wodurch deutliche Entlastungen für Mieterinnen und Mieter und Impulse für den gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt zu erwarten sind.